10 L 1905/07

B E S C H L U S S

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des Techn. Fernmeldeoberinspektors

proT-in
Bundesvorstand
Kellerbergstr. 16
57319 Bad Berleburg
eMail bundesvorstand@proT-in.de
Tel. (0 27 51) 95 91 96
20 DEC 2007

Antragstellers,

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Kletti und andere, Schwanenmarkt 8,
40213 Düsseldorf,

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Deutsche Telekom AG, diese
vertreten durch den Vorstand der Telekom AG, Competence Center Personal-
management, Personalrechtsservice CC PM 223, Gradestraße 18, 30163 Hannover,

Antragsgegnerin,

w e g e n Verwendung bei Vivento (Verlängerung einer befristeten Arbeitszuwei-
sung)

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf
am 12. Dezember 2007

durch
Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht
Richter am Verwaltungsgericht
Richter am Verwaltungsgericht

Dr. Quick,
Kacza,
Heuser

b e s c h l o s s e n :

**Der Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung un-
tersagt, den Antragsteller bis zur Bestandskraft des die Umset-
zungsmittlung der Deutsche Telekom AG vom 10. Oktober 2007
betreffenden Widerspruchsbescheides vom 20. November 2007 als
„Projektmanager“ bei der Beschäftigungsgesellschaft Vivento in de-
ren Betriebsbereich CC BP in Bonn einzusetzen.**

Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 2.500,- Euro festgesetzt.

G r ü n d e

Der schriftsätzlich gestellte Antrag,

der Antragsgegnerin zu verbieten, den Antragsteller bis zum Abschluss des Widerspruchsverfahrens wegen der streitigen Umsetzungsverfügung vom 10. Oktober 2007 als „Projektmanager“ bei der Beschäftigungsgesellschaft Vivento in deren Betriebsbereich CC BP einzusetzen,

welcher entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin vor Bestandskraft des dem Antragsteller zwischenzeitlich am 22. November 2007 zugestellten Widerspruchsbescheides (noch) nicht gegenstandslos geworden ist, hat Erfolg; er führt zum Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung im Sinne von § 123 VwGO.

Nach Abs. 1 Satz 1 dieser Vorschrift kann das Gericht der Hauptsache auch schon vor Klageerhebung eine einstweilige Anordnung in Bezug auf einen Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte. Nach § 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO sind einstweilige Anordnungen auch zur Regelung eines vorläufigen Zustands in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, u.a. dann, wenn diese Regelung nötig erscheint, um wesentliche Nachteile abzuwenden (sog. Regelungsanordnung). Der geltend gemachte materielle Anspruch (Anordnungsanspruch) und die Notwendigkeit der einstweiligen Sicherung oder Regelung (Anordnungsgrund) sind vom Antragsteller glaubhaft zu machen (§§ 123 Abs. 1 und 3 VwGO i.V.m. §§ 920 Abs. 2, 294 ZPO).

Die Voraussetzungen für eine einstweilige Anordnung in diesem Sinne sind im vorliegenden Fall gegeben.

Ein Anordnungsanspruch liegt vor, weil es für die als „Umsetzung“ deklarierte Verfügung der gemäß § 1 Abs. 2 PostPersRG zur Wahrnehmung der Befugnisse einer obersten Dienstbehörde der Antragsgegnerin berechtigten Deutsche Telekom AG vom 10. Oktober 2007, mit der diese den zur Personal-Management-Service (PMS) Vivento, einer Beschäftigungsgesellschaft der Deutsche Telekom, versetzten Antragsteller verpflichtet hat, befristet vom 17. Oktober bis zum 31. Dezember 2007 Dienst auf einem im Einzelnen bezeichneten Arbeitsposten als „Projektmanager“ bei Vivento, Competence Center Business Projects (CC BP), in Bonn zu leisten, an einer Rechtsgrundlage fehlt.

Dabei ist zunächst davon auszugehen, dass es sich bei der streitigen Maßnahme entgegen der hierfür von der Deutsche Telekom AG gewählten Bezeichnung um keine Umsetzung handelt, zu der der Dienstherr – solange der berechtigte Anspruch des Betroffenen auf eine seinem statusrechtlichen Amt angemessene Tätigkeit gewahrt wird – grundsätzlich berechtigt ist. Eine Umsetzung beinhaltet die „Änderung“ eines Dienstpostens im Sinne des Amtes im konkret-funktionellen Sinne, was begrifflich voraussetzt, dass der Betroffene überhaupt Inhaber eines konkret-funktionellen Amtes ist, d.h. das ihm ein Auf-

gabenbereich zugewiesen ist. Letzteres ist beim Antragsteller aber nicht der Fall, denn mit seiner bereits im Jahre 2003 erfolgten Versetzung zu Vivento hat er sein bis dahin innegehabtes Funktionsamt nicht nur vorübergehend verloren, ohne dass ihm ein anderes amtsgemäßes Funktionsamt auf Dauer übertragen worden ist. Bei Vivento besteht die Aufgabe des Antragstellers gemäß Ziffer 5 Abs. 2 der Gesamtbetriebsvereinbarung zum Rationalisierungsschutz für Beamte nämlich lediglich darin, sich aktiv an der Suche nach einem Dienstposten zu beteiligen, an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen und sich für vorübergehende Tätigkeiten bereitzuhalten, was keinem Aufgabenbereich innerhalb des Unternehmens im Sinne eines abstrakt- und konkret-funktionellen Amtes entspricht.

Die von der Deutsche Telekom AG verfügte Anordnung der befristeten Wahrnehmung der Funktion eines „Projektmanagers“ auf einem Arbeitsposten beim CC BP in Bonn findet ihre Rechtsgrundlage auch nicht im Recht des Dienstherrn, durch Organisationsverfügung den Aufgabenbereich seiner Beamten jederzeit aus dienstlichen Gründen zu verändern. Der Antragsteller hat – was auch die Antragsgegnerin nicht bestreitet – Anspruch auf die dauerhafte Übertragung eines amtsangemessenen Funktionsamtes,

vgl. BVerwG, Urteil vom 22. Juni 2006 - 2 C 26.05 -, BVerwGE 126, 182; OVG NRW, Beschluss vom 27. Oktober 2004 - 1 B 1329/04 -, IÖD 2005, 26.

Dem wird – abgesehen von der unter Berücksichtigung der vom Antragsteller in seiner Eidesstattlichen Versicherung vom 27. Oktober 2007 gemachten Angaben äußerst zweifelhaften Amtsangemessenheit seiner Beschäftigung auf dem ihm zugewiesenen Projektarbeitsposten – mit dem Einsatz beim CC BP nicht Rechnung getragen, da dem Antragsteller nach wie vor ein Funktionsamt fehlt. Es kann dahingestellt bleiben, ob bereits allein das fehlende Funktionsamt zur Rechtswidrigkeit der gegenüber dem bei Vivento ansonsten beschäftigungslosen Antragsteller verfügten vorübergehenden Aufgabenwahrnehmung führt oder ob nicht vielmehr die hierdurch bewirkte zeitweilige Beschäftigung – wenn auch (zunächst) ohne Funktionsamt – eher den Anforderungen des Art. 33 Abs. 5 GG entspricht als die vorherige vollständige Nichtbeschäftigung,

vgl. – zu letzterem tendierend – OVG NRW, Beschluß vom 30. April 2007 - 1 B 473/07 -.

Im vorliegenden Fall handelt es sich nämlich bereits um die Verlängerung eines zuvor für den Zeitraum 17. Juli bis 16. Oktober 2007 ohne Übertragung eines Funktionsamtes verfügten Arbeitseinsatzes des Antragstellers beim CC BP und damit um die Verfestigung eines Zustandes, der dessen Anspruch auf dauerhafte amtsangemessene Beschäftigung zuwiderläuft. Ein derartiges Vorgehen der Antragsgegnerin – zumal es nicht mit der Inanspruchnahme eines dauerhaft zu besetzenden Dienstpostens in Bonn verbunden ist, sondern befürchten läßt, dass es darauf angelegt sein könnte, dem Antragsteller die dauerhafte Übertragung eines Funktionsamtes vorzuenthalten und ihm stattdessen lediglich befristet auf einem Dienstposten zu verwenden – ist von der Organisationsgewalt des Dienstherrn nicht mehr gedeckt, da es dem Antragsteller jede Möglichkeit nimmt, sich auf seinen zukünftigen Einsatz verlässlich einzustellen und zumindest für einen überschaubaren Zeitraum diesbezügliche Dispositionen im persönlichen Bereich zu treffen. Dies gilt um

so mehr, als es zuvörderst Aufgabe der Antragsgegnerin ist, dem nunmehr immerhin bereits seit über vier Jahren bei Vivento „geparkten“ Antragsteller wieder dauerhaftein Funktionsamt zu verschaffen.

Bei dieser Sachlage ist insbesondere vor dem Hintergrund der vom Antragsteller in seiner Eidesstattlichen Versicherung vom 27. Oktober 2007 angeführten familiären Verpflichtungen auch vom Vorliegen eines glaubhaft gemachten Anordnungsgrundes auszugehen, denn es ist dem Antragsteller nicht zuzumuten, die von ihm geltend gemachten, mit der nach Auffassung der Kammer rechtswidrigen Verlängerung seiner ohne Funktionsamt erfolgten befristeten Verwendung beim CC BP in Bonn verbundenen erheblichen Belastungen bis auf weiteres hinzunehmen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 1 VwGO, die Streitwertfestsetzung auf §§ 53 Abs. 3 Nr. 1, 52 Abs. 1 und 2 GKG.

Rechtsmittelbelehrung:

- (1) Gegen die Entscheidung über den Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz kann innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf oder Postfach 20 08 60, 40105 Düsseldorf) Beschwerde eingelegt werden, über die das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster entscheidet. Die Beschwerdefrist ist auch gewahrt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen (Elektronische Rechtsverkehrsverordnung Verwaltungs- und Finanzgerichte – ERVVO VG/FG) vom 23. November 2005 (GV. NRW. S. 926) bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster oder Postfach 6309, 48033 Münster) eingeht.

Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, bei dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster oder Postfach 6309, 48033 Münster) schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der ERVVO VG/FG einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist, und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinander setzen. Das Oberverwaltungsgericht prüft nur die dargelegten Gründe.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründungsschrift sind durch einen Rechtsanwalt oder einen Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt einzureichen. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst, Gebietskörperschaften auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt der zuständigen Aufsichtsbehörde oder des jeweiligen kommunalen Spitzenverbandes des Landes, dem sie als Mitglied zugehören, vertreten lassen (§ 67 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 VwGO). Auf die besonderen Regelungen in § 67 Abs. 1 Sätze 4 bis 7 VwGO wird hingewiesen.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründungsschrift sollen möglichst 3-fach eingereicht werden.

- (2) Gegen die Streitwertfestsetzung kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf Beschwerde eingelegt werden, über die das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster entscheidet, falls ihr nicht abgeholfen wird.

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn sie innerhalb von 6 Monaten eingelegt wird, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Die Beschwerde ist nicht gegeben, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 50,-- Euro nicht übersteigt.
Die Beschwerdeschrift soll möglichst 3-fach eingereicht werden.

Dr. Quick

Kacza

Heuser